

## **Zukunftskonferenz zur Bürgerbeteiligung in Kiel**

### **Von Daniel Kummetz und Sebastian Wieschowski**

Ein Blick auf den Parkplatz verrät: An diesem Wochenende haben sich Bürgerinnen und Bürger aus allen Ecken Schleswig-Holsteins in Kiel-Mettenhof versammelt. Fahrzeuge aus Nordfriesland parken neben Autos aus Ratzeburg, ein Wagen aus Rendsburg-Eckernförde steht vor einem Gefährt aus Steinburg und Stormarn ist auf diesem Parkplatz nicht weit von Pinneberg zu finden. Zwischen Dithmarschen und Plön ist noch eine Lücke frei, die aber wenig später von einem Fahrzeug aus dem Kreis Schleswig-Flensburg gefüllt wird. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kommen aus den Großstädten des Nordens wie Kiel, Flensburg und Neumünster, aber auch aus Bimöhlen, Todesfelde und Emmelsbüll-Horsbüll wurden Bürger entsandt. An diesem Wochenende wird Kiel zum Schmelztiegel aller Schleswig-Holsteiner, die ihre Bürgerpflichten wahrnehmen und sich zum Wohle der Allgemeinheit einmischen wollen. Die Zukunft liegt zum Greifen nahe, das deuten zumindest Faltblätter an.

Das Zauberwort an diesem Wochenende heißt "Bürgerbeteiligung". Das erste September-Wochenende nimmt seinen Lauf, als sich die Teilnehmerinnen zur "Zukunftskonferenz zur Bürgerbeteiligung" in der Landeshauptstadt versammeln. Unter dem Motto "Bürger/innen beteiligen - Zukunft gestalten!" hatten die Landesregierung Schleswig-Holstein, der Städteverband Schleswig-Holstein, der Schleswig-Holsteinische Gemeindetag und der Schleswig-Holsteinischer Landkreistag eingeladen. Doch nicht nur interessierte Bürgerinnen und Bürger fanden den Weg in die Sparkassenakademie, sondern auch viele Leiter und Angestellte von Verwaltungen. Eineinhalb Tage sollten Laien und Profis sich kennen lernen, diskutieren und Zukunftsperspektiven von dem Tagungswochenende mitnehmen. Und es sollte in jeder Hinsicht eine fesselnde Erfahrung werden.

Doch zu Beginn der Veranstaltung musste die Sicherheitsstufe in der Sparkassenakademie erhöht werden: Vor dem Eingang hielt eine schwarze Limousine, in der vierten Reihe, ganz nah bei den großen Eingangstüren, wurde ein Sicherheitsbeamter mit gleichbleibend gefahrenbewusstem Blick postiert, um die körperliche Unversehrtheit eines hohen Gastes zu gewährleisten: Innenminister Klaus Buß richtete ermutigende und hoffnungsvolle Begrüßungsworte an die anwesenden Teilnehmer. Aktiv musste der Sicherheitsbeamte jedoch nicht werden, interessiert und friedlich, oft zurückgelehnt und mit verschränkten Armen und Beinen, lauschten die Gäste den Ausführungen des Regierungsvertreters.

Nach Abzug des LKA-Beamten und seines obersten Dienstherren nahmen die Macher das Ruder in die Hand, zuerst kam die "First Lady" der Landeshauptstadt zu Wort: Die Kieler Oberbürgermeisterin Angelika Volquartz überbrachte die Grüße der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Landesverbände Schleswig-Holsteins. Auch sie drückte die Zuversicht aus, dass diese Konferenz den anwesenden Vertretern aus den kommunalen Verwaltungen des norddeutschen aller Bundesländer neue Impulse für ihre tägliche Arbeit mitgeben würde. Daraufhin erläuterte der Landrat des Kalkberg-Kreises Segeberg, Georg Gorrissen, die Zielsetzung der Zukunftskonferenz zur Bürgerbeteiligung.

Die Ziele und Leitfragen fanden sich auch in der Tagungsmappe wieder, die jeder Besucher zu Beginn der Veranstaltung auf seinem Stuhl vorgefunden hatte. Insbesondere folgende Fragen sollten die Teilnehmer leiten: Wie können in/mit den Strukturen Beteiligungen erfolgen und Entscheidungen getroffen werden, die ein „Miteinander“ und nicht ein „Gegeneinander“ beinhalten? Was können Bürgerinnen und Bürger tun, um sich stärker als bisher im vorpolitischen Raum zu beteiligen? Wie kann der Blick so erweitert werden, dass nicht nur

Einzelinteressen, sondern die Gesamtinteressen gesehen werden? Die Macher der Zukunftskonferenz hatten auch die Richtung der Antworten grob vorgegeben: So sollten als Ergebnis der zweitägigen Tagung Erfolgsfaktoren für Beteiligung und konkrete Schritte erarbeitet werden, die zur Verbesserung von Beteiligung und zur Erprobung von Ideen führen.

Nach einer Stunde voller stimmungs- und erwartungsvoller Reden richteten sich mehr als einhundert Augenpaare im großen Saal der Akademie des Sparkassen- und Giroverbandes auf die motivierenden Moderatoren des Konferenzwochenendes: Reinhard Gromke und Elisabeth Ferrari. Sie brachten den Teilnehmern das Tagungsprogramm nahe, um dann anschließend die grundlegenden Spielregeln des Miteinander an diesem Wochenende zu erklären: „Das kenne ich schon“ und „Das geht bei uns nicht“ oder „Das siehst du falsch“ - diese und ähnliche Formulierungen wurden von der Tagesordnung verbannt.

Dynamische Spielregeln sollten die Schaffenskraft zugunsten der kommunalen Selbstbestimmung steigern: „Hier ist Platz und Zeit für Ungewöhnliches“ stellte Elisabeth Ferrari gleich zu Beginn ihrer richtungsweisenden Ansprache fest. Wenig später stellte sie einen weiten Schlüssel zum Erfolg vor: Das Gesetz der zwei Füße - jeder Teilnehmer durfte an den Ort, in die Gruppe gehen, in der er produktiv und nützlich arbeiten kann. „Wer sich unwohl fühlt, wandert einfach wieder heraus“ fügte sie hinzu. „Mut zu Neuem“ und „auf Experimente einlassen“, diese Schlagworte gab Elisabeth Ferrari abschließend den Interessierten mit auf den Weg.

Doch während ein Blick aus dem Fenster verriet, dass der Wetterfrosch den Kielern das wohl letzte Sommerwochenende bescherte, braute sich im großen Saal ein Sturm der Erregung zusammen: Ein älterer Herr, ein selbsternannter engagierte Bürger und leidenschaftlicher Leserbriefschreiber, hatte sich in den Kopf gesetzt, den Kongress zu nutzen, um den Regierenden die Leviten zu lesen. Vor allem die Auswahl der Bürger waren für ihn Anlass zur Kritik, denn ihm fehlten in der Versammlung die kritischen Köpfe, für ihn waren die Ernannten lediglich „brave Bürger“. Er polterte, polemisierte, pöbelte. Höhepunkt: Der Kritiker unterstellte dem Sekretariat der Kieler Oberbürgermeisterin Angelika Volquartz ein Verhalten „wie Verwaltungen in meiner Kindheit“ - also nationalsozialistisches Verhalten. Landrat Georg Gorrissen reagierte bis dahin freundlich, aber bestimmt und hieß ihn willkommen, bat ihn aber, seine Umgangsform zu mäßigen und die Tagesordnung einzuhalten.

Als die Spielregeln, Zielsetzungen und Rahmenbedingungen des gemeinsamen Wochenendes feststanden, bemühte sich Elisabeth Ferrari darum, einen fruchtbaren Boden für eine gesamt-norddeutsche Ideenschmiede zu schaffen. Pinneberger und Flensburger, Husumer und Kieler, die Teilnehmer, die sich bisher noch vorrangig in der Nähe ihrer Mitgereisten aufhielten, sollten sich umsehen und neue Kontakte knüpfen. Die Motiviererin fungierte hierbei höchstpersönlich als Kontakt-Künstlerin und rief zu verschiedenen Kennenlern-Aktivitäten auf: Zuerst sollten sich die Teilnehmer in Dreiergruppen zusammenfinden und einen kurzen Plausch halten - Smalltalk und fruchtbare Kontaktaufnahmen hier, händeringende Suche nach Gesprächsthemen dort. Nach fünf Minuten wurden die Dreiergruppen auseinander gerissen, die Mosaik-Steinchen neu gemischt und verteilt. Die Grüppchenbildung unter der Leitung von Elisabeth Ferrari ging munter weiter: Schokoladenliebhaber auf die linke Seite des Saales, Hasser der süßen Spezialität auf die rechte Seite. Danach erstellte Elisabeth Ferrari einen Spiegel der politischen Aktivität: Parteilose nach links, Parteigebundene nach rechts. Schmunzel-Detail am Rande: Wolfgang von Ancken, Landrat des Kreises Rendsburg-Eckernförde, verbannte kurzerhand sein christdemokratisches Parteibuch aus dem Gedächtnis und gesellte sich zu den Parteilosen - bis ihn jemand an seine CDU-Mitgliedschaft erinnerte. Die Aufmerksamkeit aller Teilnehmer war gefragt, als Elisabeth Ferrari zur Geschlechtertrennung aufrief - doch kein Herr verirrte sich in die Reihen der Damen. Nach zahlreichen erheiternden Zuordnungs- und Kennenlernspielen war

sich Elisabeth Ferrari sicher: Verbindungen zwischen dem Norden und Süden und dem Osten und Westen Schleswig-Holsteins sind geknüpft, die Arbeit kann beginnen.

So setzte für die Besucher nach einer kurzen Kaffeepause der aktive Teil der Veranstaltung ein: Themen für die Gruppenarbeiten wurden erdacht, aufgeschrieben und vorgestellt. Heraus kam ein große Bandbreiten von Themen: Dirk Deterling aus Niebüll wollte über „direkte Bürgerbeteiligung“ diskutieren, „Beteiligung der Sportvereine an kommunalen Sportstätten“ war das Thema, das dem Kieler Rainer Glüsing am Herzen lag. Aber auch die damals aktuelle Debatte um „Hartz IV“ schlug sich in der Sammlung nieder: Birgit Grote aus Elmshorn wollte sich über die „Einbindung von Sozialhilfeempfängern in die ehrenamtliche Arbeit“ austauschen. Die akute Finanznot von Städte und Gemeinden in Schleswig-Holstein nahm Joachim Schröter aus Bad Bramstedt zum Anlass, um die „Gestaltung in der Gemeinde trotz knapper Mittel“ auf die Tagesordnung zu heben. Wie können Eltern dazu gebracht werden, sich in das Geschehen an der Schule ihrer Kinder einzubringen? - das beschäftigte Margaret Bonin aus Bad Segeberg, also schrieb sie „Beteiligung an Schulen“ auf ihren Vorschlagszettel. Weiter gefasst hingegen war das Anliegen von Dr. Katrin Steen, sie wollte über „Motivation“ sprechen. „Neue Wertschätzung für Familie“ zu schaffen, war der Interessenschwerpunkt und Diskussionsvorschlag von Gisela Willner aus Kiel. Generationskonflikt vermeiden - Alte und Junge zusammenbringen, ein Weg zu diesem Idealzustand wollte der Kieler Günther Rahn in der Gruppe „Seniorenarbeit - Pflegebegleitung“ erarbeiten. Weitere erfolgreiche Vorschläge waren: „Handlungsspielraum bei bürgerschaftlichem Engagement“ und „Motivation für Bürgerbeteiligung“ und „Transparenz in der Gemeindepolitik“. Die Themen des „kritischen Bürgers“ hingegen fanden keine Zustimmung. So offenbarte er seine Liebe zu Lärmschutzverordnungen und seine Skepsis gegenüber der mathematisch-naturwissenschaftlichen Befähigung von Verwaltungen. Dann wurden die übrigen Teilnehmer aktiv und hatten die Qual der Wahl: Womit sollten sie sich in den nächsten Stunden beschäftigen? In welcher Gruppe möchten sie sich organisieren, engagieren und diskutieren? Dabei wurde auf Gruppengröße keinerlei Rücksicht genommen. Nun standen sowohl Vier-Augen-Gespräche als auch größere Gruppendiskussionen auf der Tagesordnung.

Ausgestattet mit Flip-Chart, Metaplankarten und Folienstiften verzogen sich die Gruppen in ihre Räume. Einige Gruppen setzten die Arbeit hinter geschlossenen Türen fort, andere Gruppen zelebrierten einen Tag der offenen Tür. Moderatorin Elisabeth Ferrari stand auch hier mit einer Anleitung zur Gruppenarbeit bereit und definierte die verschiedenen Rollen innerhalb der Gruppe: Alle Gruppenmitglieder sollen sich als Ideengeber oder Ideengeberin verstehen und die Bereitschaft mitbringen, die eigenen Sichtweisen, Erfahrungen, Gefühle, Bilder und das eigene Wissen einzubringen. Außerdem sollte ein Moderator oder eine Moderatorin die Gruppengespräche leiten und auf eine produktive und lebendige Arbeitsatmosphäre achten. Ein Gruppenteilnehmer protokolliert den Gesprächsverlauf und die Ergebnisse. Außerdem sind Themenverantwortliche gefragt, die sich für den Einstieg in die gemeinsame Arbeit verantwortlich fühlen. Gesagt, getan - schon am Abend sollten erste Ergebnisse feststehen.

Noch vor dem Abendessen fanden sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wieder im Plenum zusammen. Die Moderatorin sammelte Rückmeldungen aus allen Gruppen. Diese waren höchst erfreulich, denn fast alle Bürgerinnen und Bürger zeigten sich mit der Gesprächsatmosphäre höchst zufrieden - die meisten Kommentare waren positiv.

Hier und dort knurrten nach mehr als fünf Stunden im Dienst der Bürgerbeteiligung die Mägen. Ein Blick aus dem Fenster verriet: der Abend war längst hereingebrochen. Doch bevor sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Kellergeschoss der Sparkassenakademie am reichhaltigen Buffet erfreuen konnten, hatte Elisabeth Ferrari eine Überraschung im Gepäck: Vor den Augen der 108 Delegierten entleerte sie einen Eimer, zahlreiche Karabiner lagen über den Boden

verstreut. Ratlosigkeit stand vielen Gästen im Gesicht geschrieben - sollte nach dem erfolgreichen Abschluss des ersten Tages die Besteigung eines noch höheren Berges folgen? Doch Elisabeth Ferrari klärte die Verwirrung schnell auf: Jeder Teilnehmer sollte sich mit zwei Karabinern bewaffnen und sich an anderen Personen festhaken. "Ein gut gemeinter Scherz" dachten viele, das Gelächter war groß. Doch die moderierende Motivatorin machte ernst. Wenig später hatten sich ein paar kontaktfreudige Konferenzteilnehmer mit Karabinern aneinander gebunden, immer mehr ungeschlüssige Beobachter schlossen sich dem Spiel an. An Knopflöchern, Gürtelschnallen und Armbändern wurden die metallenen Sicherheitshalter befestigt, Schleswig-Holstein rückte immer näher zusammen. Dann ließ Elisabeth Ferrari die Katze aus dem Sack: erst beim Speisesaal sollten die Fesseln gelöst werden - der Weg zum Abendbrot wurde zum Formationstanz. Aberwitzige Zeitgenossen versüßten den Schleichweg in den Keller mit Zwischenrufen wie "Hilfe, hier hinten brennt es" oder "Achtung, ich falle", und so bewegte sich ein gut gelaunter Festtags-Zug vom Diskussions-Plenum zum Essens-Plenum. Nadelöhre wie Türen oder Treppen nahm der Tross mit Geduld, nicht nur die Herzenswärme stieg merkbar an. Nach einer Viertelstunde auf Tuchfühlung erreichten die hungrigen Mäuler das lang ersehnte Buffet.

Die großzügige Ausstattung der Akademie zahlte sich für die Zukunftskonferenzler vor allem am Abend aus: Im Bierkeller trafen sich die Teilnehmer zu netten Gesprächen, aber auch zum Vergleich des Durchhaltevermögens. Das hatte durchaus Folgen: Manche die bei diesen Wettbewerben punkten konnten, hatten nachher Orientierungsprobleme. Einem Teilnehmer schien diese Art von Arbeitsatmosphäre wohl an einen anderen Ort zu erinnern und fragte auf den Gängen umhertorkelnd, ob er hier im Kreistag sei. Wer den Abend eher nüchtern verbringen wollte hatte die Möglichkeit, die Kegelbahn und Internetrechner kostenlos zu nutzen. Doch am längsten hielten nicht die trinkfesten Dithmarscher durch, sondern junge Zeitungsmacher, die noch um 2:30 Uhr an einer Sonderausgabe der Zeitschrift „Transfer“ zur Zukunftskonferenz zur Bürgerbeteiligung feilten.

Nach verdienter Nachtruhe und Frühspurt für Kurzschläfer ging es weiter im Programm: Nach einer weiteren Runde Gruppenarbeit, sollten die Ergebnisse vorgestellt und von den Verwaltungschefs Aufträge angenommen werden.

Die Gruppe "Bürgerbeteiligung" unter der Leitung von Dirk Deterling diskutierte zuerst folgende Themen: Bürgerbegehren, Recht auf Information verwirklichen, bessere Information über Projekte und Sitzungen, Nichtöffentliche Sitzungen mindern, Bürgeranhörungen einführen, Juristische Hemmnisse lockern und konstruktives Bürgerbegehren bzw. Bürgerentscheid ermöglichen. Um die direkte Bürgerbeteiligung zu fördern, entwickelten die Teilnehmer folgende Lösungsansätze: Sie empfahlen die Motivation zu aktiver Teilnahme, wollten Interesse wecken und Mut machen. Außerdem formulierte die Gruppe konkrete Erwartungen: "Wir wünschen uns von anderen zur Unterstützung unseres Engagements."

Rainer Glüsing hatte mit der "Beteiligung der Sportvereine an kommunalen Sportstätten" ein interessantes Thema vorgeschlagen, fand jedoch nur einen Mit-Diskutanten. Trotzdem konnte das Zweierteam für die Konferenz-Dokumentation Ergebnisse einreichen. Die Ist-Situation wird wie folgt gesehen: Die Kommune vergibt Sportstätten nach Listen, zahlt alle Kosten (Ausnahmen gibt es an Wochenenden und bei Schwimmhallen). In der Diskussion ist zurzeit: Die Kommune vergibt die Sportstätten weiterhin nach „Liste“. Eine Bürgerbeteiligung der Vereine (KMTV) würde bedeuten: Die Vereine übernehmen die Sportstätten (ggf. mehrere Vereine eine Sportstätte) auf eigene Rechnung. Die Vereine bauen selbst (Kooperationsmodell). bzw. Eigenleistung zur Reduzierung der betriebswirtschaftlichen Kosten.

Zahlreiche Teilnehmer interessierten sich für das Thema "Ehrenamtliche Mitarbeit im

kommunalen Bereich". Zunächst wurden die folgenden Ideen für konkrete Vorschläge zur Stärkung des ehrenamtlichen Engagements diskutiert: Beauftragten für das Ehrenamt, Anerkennung des Ehrenamts, Arbeitsgruppe auf Kreisebene bzw. Gemeindeebene, in der sich Anbietende und Suchende treffen können, Motivation, „Entlohnung“, Tätigkeit, Einladung des Ehrenamts bei kommunalen Veranstaltungen, z. B. Schleswig-Holstein-Festival, Kieler Woche. Folgende Wünsche formulierte die Gruppe: Die Anerkennung verbessern, öffentliche Auszeichnung, Einladung zu Veranstaltungen, kostenlose Tickets hierfür.

Unter der Leitung von Birgit Grote diskutierten drei Damen und ein Herr die Einbindung von Sozialhilfeempfängern in ehrenamtliche Arbeit. Die Gruppe hat hierzu folgende Problematiken in den Mittelpunkt gestellt: Unkenntnis, Bürokratie, Machtstrukturen, Anonymität. Sie wollen Menschen zusammenführen, die sich gegenseitig helfen und Wertschätzung lernen. Hierfür Angebote machen und aufzeigen, wo die Menschen gebraucht werden. So entsteht eine Gesellschaft mit mehr Lebensqualität, Erfolgserlebnis und Zufriedenheit. Die Sozialhilfeempfänger erhalten das Gefühl, gebraucht zu werden und sie bekommen ein größeres Selbstbewusstsein.

Im Rahmen des Projektes "Handlungsspielraum bei bürgerschaftlichem Engagement" zuerst Hemmungsfaktoren bürgerschaftlichen Engagements aufgelistet: Persönliche Befindlichkeiten und persönliche Hemmungen, Mangelnde Akzeptanz, Schlechtes Image der Politiker, Fehlende Foren, Fehlendes Vertrauen, bei den Entscheidungsträgern in die Kompetenz der Bürger bei den Bürgern, da sie eher Selbstherrlichkeit bei den Entscheidungsträgern vermuten. Von der Verwaltung wünschte sich die Gruppe konkret: Sie sollen Ergebnisse kommunizieren, Information für Bürger über mittel- und langfristige Planungen/Ziele herausgeben, bestehende Foren und Netzwerke transparent machen, themenbezogene Foren eröffnen. Außerdem wurde die Verwaltungskultur angemahnt.

Im Rahmen der Gruppe "Motivation für Bürgerbeteiligung" stand schnell fest: Der Bürger steht im Spannungsfeld/Passivität zwischen Verwaltung - Politik - Gemeinwesen - Beruf/Existenz. Demotivationsfaktoren wurden gesucht: Scheu vor langfristigen Bindungen, Freizeit geht verloren, Keine festen Verpflichtungen gewollt, Überbelastung Beruf/Familie.

Für die Gruppe "Beteiligung an Schulen" unter der Leitung von Margaret Bonin einigten sich auf folgendes: Bildungs- und Erziehungsziel sind selbstbewusste und engagierte Bürgerinnen und Bürger. Konkret gilt es, Öffentlichkeit herzustellen über Schüler- und Jugendforen, zum Beispiel über die Eckernförder Zeitung. Zudem soll die Chancengleichheit durch Ganztagschulen erhöht werden und auch konkret durch Notenschutz für Legastheniker.

Weitere dreißig Minuten später sollte über den Wert der gesamten Veranstaltung entschieden werden, nun waren die Verwaltungschefs an der Reihe: Sie sollte sagen, welche Forderung sie bis wann erfüllen wollten. Die Ergebnisse wurden festgehalten. Den Anfang machte Kiels Oberbürgermeisterin Angelika Volquartz, sie versprach, bis Jahresende regelmäßige Bürgersprechstunden einzurichten. Ebenfalls sollen die Schüler- und Jugendbeteiligung bis zum Jahresende intensiviert werden. Bis September 2005 soll folgendes umgesetzt sein: Bürger sollen bei Projekten, die nach Bürgerkompetenz (Expertenwissen) verlangen, über ein Forum zu beteiligt werden. Zudem verspricht sie, dass ehrenamtlichen Tätigkeiten von einem freiwilligen Ehrenamtsbeauftragten koordiniert und sie besser gewürdigt werden. Auch möchte die Oberbürgermeisterin eine Zukunftskonferenz für Kiel ausrichten. Ein sehr weitgreifendes Ziel hat Kiels Oberbürgermeisterin auch geäußert: Kiel soll die kinderfreundlichste Stadt in Deutschland werden. Im Februar soll ein Konzept vorliegen. Holger Klose, Amtsvorsteher von Bad Bramstedt-Land, möchte binnen Jahresfrist Jugendliche in die Entscheidungsprozesse einbinden und Erwachsene früher beteiligen.

Segebergs Landrat Georg Gorrissen sagte zu, Fortbildungsmaßnahmen zur Einbindung von Sozialhilfeempfängern in soziale Arbeit voranzutreiben. Außerdem möchte er eine Börse für gegenseitige Hilfe schaffen. Auch die Veränderung der Verwaltungskultur hat sich der Verwaltungschef auf die Agenda gesetzt: Er möchte seine Bürger weiterhin über das Internet informieren und jeden dritten Mittwoch im Monat in einem Internet-Chat zur Verfügung stehen. Diese Versprechen sollen innerhalb eines Jahres umgesetzt werden.

Auch Wolfgang von Ancken, Landrat des Kreises Rendsburg-Eckernförde, wollte bis zum September 2005 aktiv werden: Der Handlungsspielraum für bürgerschaftliches Engagement soll erhöht werden, dabei will er E-Government verstärkt einsetzen. Außerdem versprach er, bei Projekten mit Jugendlichen auf Gemeindeebene in seinem Heimatkreis verstärkt mitzuwirken.

Die Liste des Büdelsdorfer Bürgermeisters Jürgen Hein umfasste ganze acht Programmpunkte: Er möchte bis zum Jahresende einen Raum für Jugendliche in seinem Rathaus schaffen, ferner versprach er, einen Jugendtag für engagierte Büdelsdorfer zu organisieren. Alle Ehrenamtlichen sollen noch einmal gemeinsam geehrt werden - im Rahmen eines Tages des Gemeinsinns. Außerdem möchte er bereits im laufenden Jahr seine Bürgersprechstunden auch in Schulen abhalten. Desweiteren setzt er sich dafür ein, Bürger früher zu beteiligen als bisher und hierfür einen Moderator in der Verwaltung auszubilden. Er möchte laufend "Betroffene mehr zu Beteiligten machen und Mitverantwortung einfordern." und bis zum September 2005 sogenannte "Kümmerer", also von der Verwaltung unterstützte Ehrenamtler einrichten. Schließlich versprach er: "Meine Tür steht in der Regel immer offen."

In anderen Kreisen muss der Weg in die Zukunft jedoch einen kleinen Umweg machen: Erk Ulich erbat für seinen Dienstherren, Landrat Jörn Klimant aus dem Kreis Dithmarschen, bis Ende des Jahres Zeit, um konkrete Projekte zu entwickeln. Eine grobe Richtung gab er jedoch schon in Kiel zu Erkennen: Transparenz soll hergestellt, die Kommunikation mit den Bürgern soll verbessert werden. Zudem möchte er eine Dithmarscher Zukunftskonferenz ausrichten und Netzwerke und Initiativen zur Bürgerbeteiligung bekannt machen sowie über die Ergebnisse der Zukunftskonferenz in seinem Kreis informieren.

Auch Dr. Peter Zängl von der Landesinitiative Bürgergesellschaft des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz versprach Großes: er wollte bis zum Ende des Jahres ein Konzept zum Thema "Seniorenbegleitung" schaffen, ein Austauschforum finden in Kooperation mit dem Seniorenbeirat. Bereits in der folgenden Woche wollte er Kontakte innerhalb der Landesverwaltung vermitteln. Desweiteren setzte er sich zum Ziel, bürgerliches Engagement präsent zu halten, die Internetplattform der Landesregierung zu verändern sowie "das Informationsblatt - Wir in SH - zu intensivieren". Außerdem lag ihm am Herzen, bereits im September dieses Jahres den Versicherungsschutz für bürgerschaftlich Engagierte zu klären, Stichwort Unfallschutz. Im November sollte Folgendes passieren: Eine Fortbildung für bürgerschaftlich Engagierte wollte er vorantreiben, ein Modellprojekt soll vorgeführt und ein Konzept für weitere Vorhaben entwickelt werden. Auch eine Fundraising-Fortbildung soll es Mitte 2005 geben. Schließlich stellte er folgende Frage in den Raum: "Wie kann ich engagierte Menschen an der Konzeptentwicklung zum Thema bürgerschaftlichem Engagement beteiligen?"

Für die Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein wollte Herr Adamzik eventuell weitere Zukunftskonferenzen fördern und unterstützen. Zudem machte er die Sicherstellung von Strukturen im Veränderungsprozess zur Daueraufgabe der Staatskanzlei.

In Vertretung für die Elmshorner Bürgermeisterin Brigitte Fronzek war Regina Hintz anwesend. Sie möchte binnen vier Wochen weitere Vorhaben mit ihrer Chefin klären und Handlungsspielräume für bürgerschaftliches Engagement prüfen sowie frühzeitige Beteiligung und Foren schaffen. Bereits im September 2005 wollte sie Konkretes auf den Tisch packen.

Bürgermeister Wilfried Bockholt aus Niebüll legte Wert darauf, Familie („Wo Kinder sind ist Familie“) als Keimzelle der Gesellschaft zu betrachten. Deswegen möchte er bis März/April 2005

einen Runden Tisch für Familien einrichten, mit engagierten Menschen sprechen und ein Forum schaffen. Außerdem möchte der die Menschen stärken, die Arbeitslosengeld II empfangen. Grobkonzepte sollen bis bis Mitte 2005 in Kooperation mit dem Kreis Nordfriesland entwickelt werden. Außerdem möchte er mit dem Thema „Neues Haus der Jugend“ anders umgehen. Auch die Öffentlichkeitsarbeit soll aufpoliert werden: Mitteilungsblätter für die Stadt werden wie bisher weiterentwickelt, die offene Tür des Bürgermeisters soll ins Gedächtnis der Bürger gerufen werden.

Für das Amt Tellingstedt stellte Amtsvorsteher Klaus-Dieter Holm bis September 2005 eine Ideenwerkstatt in Aussicht, in der ein Ideenkatalog entwickelt werden soll, wie Gemeinden trotz knapper Mittel gestaltet werden können.

Der Molfseer Bürgermeister Roman Hoppe griff Versprechungen seiner Vorredner auf und versprach, ab Dezember 2004 Sprechstunden auch in Schulen abzuhalten. Außerdem sollen bis Juni 2005 die Räume für Jugendliche optimiert werden. Bis September 2005 soll es auch in Molfsee einen "Kümmerer" geben, der von der Verwaltung aktiv unterstützt wird.

Als der letzte Auftraggeber seine Versprechungen zu Papier gegeben hatte, neigte sich nach mehr als 24 Stunden im Dienste der Bürgerbeteiligung die Zukunftskonferenz in Kiel dem Ende zu. Nach und nach lichteten sich die Reihen auf dem Parkplatz der Sparkassenakademie - wo noch vor Stunden ein Wagen aus Rendsburg-Eckernförde vor einem Gefährt aus Steinburg stand, ist jetzt eine Lücke zu finden, und auch der Zwischenraum zwischen Dithmarschen und Plön vergrößerte sich mit fortlaufender Stunde. Aus Kiel strömten die 108 Teilnehmer aus in ihre Heimatgemeinden, mit dem Gefühl, die Bürgerbeteiligung in Schleswig-Holstein einen Schritt weitergebracht zu haben.

**© Dieser Text ist urheberrechtlich geschützt. Weitere Vervielfältigung z.B. in Zeitungen oder anderen Internetseiten) ist nur nach ausdrücklicher Genehmigung der Autoren gestattet.**